

ADAC für Abbau von Radarfallen

ERSTELLT 03.07.07, 18:42h

Düsseldorf - Nach der Deutschen Polizeigewerkschaft fordert auch der ADAC einen Abbau kommunaler Radarfallen, die nicht an Gefahrenstellen errichtet wurden. Es sei inakzeptabel, die Anlagen ungerechtfertigt nur als städtische Einnahmequelle zu nutzen, sagte Jaqueline Grünewald vom ADAC Nordrhein am Dienstag.

Grundsätzlich sei gegen eine Tempokontrolle an einem Unfallschwerpunkt oder vor Schulen und Kindergärten nichts einzuwenden, sagte Grünewald. Bei vielen Starenkästen fehle jedoch der erzieherische Wert. "Im Gegensatz zur mobilen Variante fehlt die polizeiliche Aufklärung völlig." Zudem könne es zu Unfällen kommen, wenn "die Leute aus Angst vor der Radarfalle abbremsen und der Nachfolger den Mindestabstand nicht einhält".

Der nordrhein-westfälische Städte- und Gemeindebund wies die Forderung dagegen als "grob-schlächtig" und "politisch motiviert" zurück. Meist sei gerade wegen einer Radarfalle ein bestimmter Bereich kein Unfallschwerpunkt mehr, sagte Verbands-Geschäftsführer Ernst Giesen in Düsseldorf. Fast alle Geräte seien in enger Zusammenarbeit mit der Polizei aufgestellt worden.

Das NRW-Innenministerium wies darauf hin, dass die Kommunen die Anlagen in eigener Regie aufstellen, dies aber laut Gesetz nur an Gefahrenstellen dürfen. Die Polizeigewerkschaft könne sich an die Bezirksregierungen sowie an die Landräte wenden und konkrete Anlagen benennen. Dann könnten die Behörden überprüfen, ob die Anlagen gesetzwidrig aufgestellt worden seien.

"Wir gehen davon aus, dass die kommunalen Radaranlagen an Unfall-Schwerpunkten errichtet wurden", sagt ein Sprecher der Düsseldorfer Bezirksregierung. Wer dies im Einzelfall anzweifle, könne sich an die Unfall-Kommission der Behörde wenden. In Düsseldorf habe es allerdings an der Autobahn 46 den Fall gegeben, dass die Bezirksregierung der Stadt das Aufstellen einer Radaranlage untersagt habe, weil es sich nicht um einen Unfall-Schwerpunkt handle.

Der NRW-Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hatte am Montag einen Abbau der Radarfallen in NRW gefordert, wo diese nur dem Zweck dienten, die Kassen der Kommunen zu füllen. Seiner Schätzung nach seien etwa fünf bis zehn Prozent der Anlagen an Orten errichtet worden, die von der Verkehrssicherheit her unproblematisch seien. (dpa)

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1183435860666>

FENSTER SCHLIESSEN